

516

GEDANKEN SALAZARS

# APPELL AN DAS VOLK

*RUNDFUNKANSPRACHE DES HERRN MINISTERPRÄSIDENTEN,  
PROF. OLIVEIRA SALAZAR, VOM 9.11.1961.*

SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO

LISSABON • 1961

I. 757



516

BIBLIOTECA

GEDANKEN SALAZARS

# APPELL AN DAS VOLK

*RUNDFUNKANSPRACHE DES HERRN MINISTERPRÄSIDENTEN,  
PROF. OLIVEIRA SALAZAR, VOM 9.11.1961.*

SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO

LISSABON

• 1961





Nachdem sich der durch die Diskussionen aufgewirbelte Staub gelegt hat, denke ich, dass es mir gestattet ist, einen abschliessenden Appell an die Vernunft des portugaisischen Volkes zu richten. Bevor ich dies tue, werde ich versuchen, die aufgeworfenen Probleme in eigentlich politischer Hinsicht auf das ihnen Wesentliche zu beschränken.

1. Die Abgeordnetenwahlen müssen zum festgesetzten Termin stattfinden. Einerseits sieht die Verfassung für die etwaige Vertagung nur Umstände vor, die im Augenblick keineswegs vorhanden sind. Die Tatsache, dass es in einem Zehntel des Gebiets von Angola, das im übrigen bereits fast völlig befriedet ist, terroristische Manifestationen gibt, wäre kein ausreichender Grund, die Wahlen zu vertagen; und da dieser Grund entfällt, ist es gut, dass die Nation sich daran gewöhnt, ihr konstitutionelles Leben normal und ohne Aufregungen zu führen. Andererseits wäre das, was man darüber denken würde, dass die Befragung der Wahlberechtigten nicht stattfände, stets ein grösseres Risiko, als es in unserem Land ein Wahlkampf ist.

2. Die Oppositionen gaben den Anschein, als ob sie sich an den Wahlen beteiligen wollten, und stellten in zehn Wahlbezirken Kandidatenlisten auf. Da eine davon für unwählbar

befunden wurde, blieben neun Wahlbezirke im Wettbewerb, was 58 Abgeordnete bedeutete. Im Falle eines Wahlsieges in allen würde diese Zahl somit die Höchstzahl der oppositionellen Vertretung in der Kammer darstellen.

Da dem so war, musste daraus geschlossen werden, dass die Oppositionen lediglich die Aufsicht über die Ausübung der Tätigkeit der Kammer oder aber den Einfluss im Sinne hatten, den manchmal eine kleine Gruppe, und sogar ein einziger Mann, eine aufgeklärte Intelligenz, in einer Versammlung ausüben kann, zumal wenn diese, da nicht parteigebunden, allen gültigen Vernunftgründen offen steht. Aber man musste auch die Schlussfolgerung ziehen, dass die Oppositionen auf zwei Dinge verzichtet haben: erstens, schon jetzt Regierungsverantwortlichkeiten zu übernehmen; zweitens, zu versuchen, das Regime durch die Revision der Verfassung zu stürzen. In der Tat konnten die Oppositionen, wenn sie nicht über zwei Drittel der Abgeordneten verfügten, die zukünftige Kammer nicht verfassunggebend machen; falls sie über mehr als ein Drittel verfügten, könnten sie jedoch verhindern, dass die Mehrheit sich an eine konstitutionelle Revision heranwage, welche sie im übrigen nicht interessierte.

3. Trotz dieser Aussichten standen die Oppositionen davon ab, sich an den Wahlen zu beteiligen, und von Anfang an war zu erwarten, dass dies geschehen würde. Wenn man beachtet hat, was während des Wahlkampfes veröffentlicht und gesagt wurde, musste man feststellen, dass dieser nicht die Ziele einer konstruktiven Opposition im Auge hatte, sondern die Zermürbung der bestehenden Institutionen und vor allem den Misskredit der Regierung, die man ersetzt haben wollte. Da alle anderen Mittel erfolglos geblieben waren, wurde gerade das mit der Begründung nahe gelegt, dass die Regierung nicht fähig wäre, ernstzunehmende freie Wahlen durchzuführen.

Es ist unmöglich, diese Anschuldigung mit der Tatsache in Einklang zu bringen, dass die Oppositionen in einigen Wahlbe-

zirken Kandidaten aufgestellt haben, denn diese selbe Regierung bestand ja schon; ebensowenig vereinbar ist die Absicht, zur Macht zu gelangen, mit der Tatsache, nicht in allen Wahlbezirken Kandidaten aufgestellt und sich so um die Mehrheit in der Nationalversammlung beworben zu haben. Das Vorgehen ist nicht logisch, aber vielleicht haben die Oppositionen recht.

4. Den Beobachtern, die wenig vertraut sind mit dem Funktionieren der portugiesischen Institutionen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts einschliesslich der liberalen Monarchie und der demokratischen Republik, wird vielleicht eine Konstante unserer politischen Geschichte entgangen sein. Mir ist kein Fall gegenwärtig, und ich glaube, es gibt auch keinen, in dem der Aufstieg zur Macht auf Grund eines Wahlsieges erfolgt wäre. Hier erfolgt die Anerkennung durch den Stimmzettel nach der Berufung durch die höchste Autorität der Nation. Und neben diesem intelligenten und freien Akt des Staatshaupts, der das Nationalbewusstsein abzuhorchen und die Regierungsänderungen zu lenken weiss, hat sich in unserer bewegten Geschichte nur ein anderer Prozess durchgesetzt — der Staatsstreich und die Revolution. Viele mögen uns des Mangels an politischer Erziehung bezichtigen; ich glaube jedoch, dass das Volk eine geradere Denkweise und ein klareres Bewusstsein bewiesen hat als die Theoretiker der Demokratie vermittels Wahlen, indem es dem Blindekuhspielen der Wahlkämpfe die Weitsicht des Führers vorzieht. Wie dem auch sei, anderthalb Jahrhunderten Wahlspielerei ist es nicht gelungen, das System genügend zu festigen: Wir behalten es bei als Mittel, den Willen des Volkes bei der Ernennung seiner Vertreter in zumindest angenäherter Form kennenzulernen; die Oppositionen haben gezeigt, dass sie in der Tat nicht daran glauben... ausser dann, wenn sie Regierung sein werden.

Aus diesen Umständen entstand die Alternative, in die sie gerieten, und die aus den letzten Tatsachen und Drohungen (Denkschrift an den Staatshaupt vom 3. November; Schlussteil

der Mitteilung vom 7. mit Bezugnahme auf die der Kandidaten von Oporto) hervorgeht: *Rücktritt der Regierung* oder *Revolution*. Die erste Forderung kann nicht als begründet angesehen werden, da sie von Kandidaten herrührt, die nur eine Minderheit zu sein wünschten und sie noch nicht einmal sind. Die zweite ist — abgesehen davon, dass sie vernünftigerweise in einem Wahlkampf nicht vorgebracht werden sollte — schwerer zu verwirklichen, da sich seit dreissig Jahren ein Lebenssystem herausgebildet und eine Staatsauffassung durchgesetzt haben, die sich ihr zutiefst widersetzen. Ich würde anraten, es nicht zu versuchen.

5. Könnten diese Schwierigkeiten, obwohl sie schematisch gesehen so ernst zu sein scheinen, nicht wenigstens zum Teil gelöst werden?

In Bezug auf die Abgeordneten, oder besser, in Bezug auf politische Werte, die sich offenbaren und im Rahmen der Nationalversammlung zu arbeiten wünschen, jedoch nicht über eine ausreichende Anzahl Stimmen verfügen, gäbe es zwei Lösungen für dieses Problem: die eine wäre die, das System der Minderheitenvertretung anzunehmen, das bei uns schon einmal rechtmässig war, jedoch mit dem unvermeidlichen Ergebnis der Verminderung der Unabhängigkeit der Kammer und der Bildung politischer Parteien; die andere bestünde darin, die besten Werte, was logisch wäre, in die Listen der Nationalen Union aufzunehmen ohne andere Kompromisse als, wie es bei den andern der Fall ist, den, der Nation gut zu dienen. Der Versuch wurde bereits gemacht, doch ohne grossen Umfang und somit ohne die gewünschten Ergebnisse. Und dennoch zeigt die Korporativkammer, die auf den Kriterien der Interessenvertretung und der technischen Kompetenz beruht, dass die Menschen sich näherstehen, als sie vermuten. In den Grenzen ihres Patriotismus und ihrer intellektuellen Redlichkeit kommen sie am Ende bei den schwererwiegenden Problemen stets zu einer Verständigung. Wo die politische



Leidenschaft herrscht, ist die Zusammenarbeit hingegen unmöglich.

6. Was die Regierungsänderungen betrifft, so hat der Staatschef verfassungsgemäss und de facto vollkommene Handlungsfreiheit. Und es ist meine Meinung, dass er es nicht unterlassen darf, sie auszuüben, wenn es opportun oder notwendig ist. Aber diese konstitutionelle Ermächtigung darf, und darin sind sich wohl alle einig, weder von den Umständen, noch von den Personen, noch von deren Ideen und Projekten in Bezug auf die nationalen Probleme absehen. Der Staatschef ist die höchste Gewähr für das Leben und den Fortschritt der nationalen Gemeinschaft. Er wird letztlich zur Rechenschaft dafür gezogen, dass das gemeinsame Interesse nicht verwirklicht, noch das Leben des Volkes verteidigt worden sind. Er hat sich vor allen und vor seinem eigenen Gewissen zu verantworten für die Integrität und das Fortbestehen der Nation. Somit genügt es nicht, dass irgendwer sich als Patriot bezeichnet oder fühlt, damit der Staatschef ihn mit dem Auftrag betraut, einer Regierung vorzustehen oder sie zu bilden; es ist notwendig, dass die Voraussetzungen, von denen dieser jemand ausgeht, die Prinzipien, die er anwenden wird, die Methoden, derer er sich bedient, in überzeugender Weise zu den aufgestellten oder erwünschten Zielen führen.

Nach dem, was wir alle beobachten konnten, war der gegenwärtige Wahlkampf in der Tat traurig und höchst beunruhigend: die Grundprobleme der internationalen und überseeischen Politik wurden auf eine Weise besprochen, die den Interessen der Nation nicht nützlich, sondern eher schädlich war. Die immer wiederkehrende Argumentation war die der Feinde Portugals; und es kann niemandem zur Ehre gereichen, dass die Oppositionen von denen begrüsst werden, die hier, in der UNO oder in Übersee Portugal bekämpfen. Eine gründlichere Kenntniss der Motive für die in den internationalen Kreisen gegen unser Land geführte Kampagne, die auch den

Krieg gegen portugiesische Gebiete leiteten und nähren, würde den Oppositionen anraten, diskreter vorzugehen und hier im Innern nicht der Spielball grosser, in Betracht kommender Interessen zu sein. Die Oppositionen hatten die grösste Schwierigkeit, die Anerkennung der Integrität der Nation als Imperativ der Portugiesen und die der Pflicht, sie zu verteidigen, aus der Verworrenheit ihrer Auffassungen herauszuholen; aber wer nicht blind ist, wird verstehen, dass man sie auf den vorgesehenen, schlecht definierten Wegen nicht wirksam zu garantieren vermöchte, wie alle zu wünschen vorgaben.

Inzwischen kämpfen und sterben die Unseren in Angola, wie sie schon in anderen Teilen des überseeischen Gebietes gekämpft haben und gestorben sind. Kämpfen und sterben sie für die derzeitige Regierung? Keineswegs! Werden sie morgen für die Demokratie kämpfen? Welch ein Irrtum! Mit dieser oder einer anderen Regierung kämpfen sie nun und in Zukunft für die Nation, die eine greifbare Wirklichkeit ist, und die das Volk in der Reinheit seines patriotischen Instinktes und unbeeinflusst von der gewundenen Philosophie der Doktoren sehr wohl empfindet.

Angesichts so ernster Dinge wie unser Sein oder Nicht-Sein, wie die Erfüllung oder Nicht-Erfüllung unserer Mission in der Welt, bin ich der erste, der es nicht befremdlich findet, dass der Staatschef die Regierung nicht den Rednern der Opposition übertragen hat.

7. Wir müssen also den Schluss ziehen, dass von einigen Führern des Volkes ein schwerer Fehler begangen worden ist, und dass eben dieses Volk, der Kern der Nation, beim Wahlakt diesen Fehler korrigieren muss. Es muss durch eine überaus zahlreiche Stimmabgabe eine Politik der nationalen Rettung unterstützen; es muss die Vorstellung zerstören, die von dieser Debatte zurückbleiben könnte, dass Portugal ein in sich geteiltes Land ohne klar erkanntes Ziel sei. Was geschehen ist, soll nur als das Ungemach einiger Hirten angesehen werden, die sich

im Gebirge verirrt haben, ohne dass es ihnen gelungen ist, die Herde in die Irre zu führen.

Das portugiesische Volk versteht meine Sprache. Es weiss, dass ich kein anderes Interesse habe als das, so gut wie möglich dem Gemeinwohl zu dienen. Und wenn ich ihm sage, dass das Hinterland ebenso verteidigt werden muss wie die Front in Afrika oder in Indien, so geschieht es, weil ich weiss, dass dies die Vorbedingung des Sieges ist, und dass dieser von allen gewonnen werden muss.









VERLAG  
**S·N·I**  
LISSABON

NB



\*EFG0008513622\*

S.N